



Bürgergeld – Ein neues Miteinander in den Jobcentern?

Überwiegend positiv bewertet die GdS den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Einführung des Bürgergeldes. „Der Gesetzgeber erkennt aus unserer Sicht die Zeichen der Zeit, die nicht geprägt ist von galoppierender Arbeitslosigkeit, sondern von demografischem Wandel, Digitalisierung und Fachkräftemangel“, so der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner. „Die Aus- und Weiterbildung steht somit im Zentrum des Bürgergeldes. Damit geht auch eine weniger fordernde und stärker fördernde Ansprache an Leistungsberechtigte einher.“

Das Bürgergeld soll zum 1. Januar 2023 die Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) ersetzen. Kern der vielfältigen neuen Regelungen ist ein stärkerer Fokus auf Qualifizierung und Weiterbildung. Verschiedene Einzelmaßnahmen sollen das Miteinander zwischen Jobcenter und Leistungsberechtigten auf eine vertrauensvollere Basis stellen.

Unter anderem soll die bisherige Eingliederungsvereinbarung durch einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsplan ersetzt werden. Der Kooperationsplan soll in klarer und verständlicher Sprache die gemeinsam von Jobcenter und Leistungsberechtigten erarbeitete Eingliederungsstrategie dokumentieren und als roter Faden dienen.

Während der ersten sechs Monate nach Abschluss des Kooperationsplans soll künftig eine „Vertrauenszeit“ gelten. Das bedeutet, dass in den ersten sechs Monaten des Leistungsbezugs

nicht verlangt werden kann, dass ein Leistungsbezieher sich auf einen bestimmten Job bewirbt oder an einer Fördermaßnahme teilnimmt. Bestehen bleiben sollen allerdings Sanktionsmöglichkeiten bei Meldeversäumnissen.

Dazu Maik Wagner: „Dies begrüßen wir. Termine wahrzunehmen oder fristgemäß abzusagen, gebietet der Respekt vor den Beschäftigten in den Jobcentern. Ein praktisch bedingungsloses Grundeinkommen ohne jegliche Sanktionsmöglichkeiten lehnen wir ab.“

Weitere Erleichterungen für Leistungsberechtigte betreffen unter anderem die Vermögensfreistellung, die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs, die Einführung einer Bagatellgrenze von 50 Euro, ein „Bürgergeldbonus“ für Weiterbildungsmaßnahmen und vieles mehr.

„Der Bundesarbeitsminister selbst nennt die Einführung des Bürgergeldes richtigerweise die größte Reform des Sozialstaats seit 20 Jahren“, erklärt der GdS-Bundesvorsitzende und fordert: „Umso wichtiger ist es jetzt, den Beschäftigten in den Jobcentern zuzuhören, sie mitzunehmen und zu schulen, damit sie die neuen Regelungen umsetzen und auch in der Praxis „leben“ können. Ein ausreichender Personalschlüssel und ein funktionierendes Change-Management sind dafür essenziell.“

GdS Wir kommt weiter

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder per Fax an: (0228) 9 77 61-46

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

Frau Herr

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Telefon | mobil

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch

Datum | Unterschrift



Mein GdS-Beitrag beträgt 2,50 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Unterschrift